Vertragsgegenstand

Die Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (AG) wird den Auftragnehmer (AN) hauptsächlich für Leistungen zur Erfassung von TV-Inspektionen aus der laufenden Kanalinspektion sowie Videoerfassung in Anspruch nehmen.

Der AN verpflichtet sich, für den AG die entsprechenden Leistungen auf Basis der vorliegenden Rahmenvereinbarung sowie nach entsprechender Einzelbeauftragung zu erbringen.

Der AN hat keinen Anspruch auf Zuteilung einer jährlich genau definierten Anzahl von Einzelaufträgen oder eines jährlich genau definierten Auftragsvolumens. Insoweit ist dieser Vertrag nur die Grundlage für die jeweiligen Einzelaufträge. Aus den jeweiligen Einzelaufträgen ergibt sich der genaue Umfang der zu erbringenden Leistung für den Einzelfall. Soweit nichts Anderes vereinbart wird, gelten die nachfolgenden Regelungen für alle Einzelaufträge.

Vertragsgrundlagen sind der Rangfolge nach

1. Der Text dieses Auftrages

2. Folgende Dokumente – einsehbar unter <https://www.l.de/einkauf-logistik/dokumente/> in den

Rubriken Leipziger Gruppe und Leipziger Wasserwerke:

- Allgemeine Einkaufsbedingungen der Leipziger Gruppe (Leipziger AEB) vom

01.01.2024,

Modul A „Allgemeines“ sowie Modul C „Planungs- und Überwachungsleistungen für Bauprojekte“

- Zusätzliche Vertragsbedingungen – Informationssicherheit, Stand 01.10.2023

- Zusätzliche Vertragsbedingungen – Vertraulichkeit, Stand 01.10.2023

- Fremdfirmenrichtlinie der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Stand 01.05.2024

- Allgemeine Hausordnung für Liegenschaften, Standorte und Gebäude der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Stand September 2023

Abweichende oder ergänzende Bedingungen des Auftragnehmers werden vorbehaltlich anderslautender ausdrücklicher Vereinbarung nicht Vertragsinhalt.

3. Unsere Ausschreibungsunterlagen 25-020-015 einschließlich aller darin enthaltenen, angefügten oder beigefügten Bedingungen

4. Ihr Angebot vom xxx

Vertragslaufzeiten

Für die vorliegende Rahmenvereinbarung ist eine Vertragslaufzeit vom 01.01.2026 bis zum 31.12.2027 vereinbart.

Dieses Vertragsverhältnis verlängert sich automatisch bis zu sechsmal um ein weiteres Jahr, wenn nicht 6 Monate vor Vertragsende von einem Vertragspartner gekündigt wird.

Dasselbe gilt jeweils für das nach der Verlängerung bestehende Vertragsverhältnis für die Folgejahre.

Das Vertragsverhältnis endet spätestens zum 31.12.2033.

Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.

Die Vertragslaufzeit der auf Basis dieser Rahmenvereinbarung erteilten Einzelabrufe beginnt mit Versendung des Einzelabrufes an den AN und endet entweder mit vollständiger und vertragsgerechter Erfüllung der vertraglichen Pflichten oder mit wirksamer Kündigung.

Ordentliche/Außerordentliche Kündigung / Rücktritt vom Vertrag / Rechtsfolgen

Die Rahmenvereinbarung kann von beiden Vertragsparteien nur aus wichtigem Grund unter Angabe der entsprechenden Begründung schriftlich gekündigt werden.

Ein wichtiger Grund für den AG liegt insbesondere dann vor, wenn

- über das Vermögen des AN das Insolvenzverfahren beantragt und der Antrag nicht binnen zwei Monaten zurückgenommen wird,
- beim AN die gesetzlichen oder gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Leistungserfüllung fehlen oder in Wegfall geraten,
- gegen den AN Anklage wegen einer Straftat im Zusammenhang mit der Ausübung seiner Tätigkeit (im weitesten Sinne) erhoben oder gem. §§ 153, 153a StPO eingestellt wird,
- der AN seinen Pflichten aus diesem Vertrag trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung nicht vertragsgemäß nachkommt,
- der AN eine der erforderlichen Versicherungen trotz schriftlicher Mahnung nicht abschließt oder für die Dauer dieses Vertrages unterhält,
- sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern und dem nicht durch eine entsprechende Vertragsergänzung Rechnung getragen werden kann.

Ein Einzelabruf kann nur aus wichtigem Grund gekündigt werden. Ein wichtiger Grund kann u. a. in der nachhaltigen Verletzung vertraglicher Pflichten liegen. Der Kündigung muss eine schriftliche Mängelanzeige mit Ablehnungsandrohung, wobei auf die beabsichtigte Kündigung des Einzelabrufes oder ggf. auch des Rahmenvertrages hingewiesen wird, vorausgehen.

Das Recht zum Rücktritt vom Vertrag nach den Vorschriften des BGB bleibt hiervon unberührt.

Der AG ist weiterhin berechtigt, die Vereinbarung zu kündigen oder davon zurückzutreten, wenn der AN Personen, die auf Seiten des AG mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile (§§ 331 ff StGB) anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des AN selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des AN mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind. Die Kündigung ist innerhalb einer Frist von 3 Monaten nach Kenntnis des betreffenden Kündigungsgrundes schriftlich gegenüber dem jeweils anderen Vertragspartner zu erklären.

Kündigt der AG, so behält der AN den Anspruch auf die bis dahin erbrachte und nachgewiesene Leistung. Kündigt der AG aus einem Grund, den der AN zu vertreten hat, so kann der AN nur Vergütung für seine bis dahin vertragsgemäß erbrachten, nachgewiesenen und verwertbaren Leistungen verlangen. Ein darüberhinausgehender Vergütungsanspruch besteht nicht. Die Aufrechnung mit eventuellen Schadenersatzforderungen bleibt dem AG vorbehalten.

Erteilung der Einzelaufträge

Auf der Basis dieser Rahmenvereinbarung erhält der AN für jede von ihm zu erbringende Leistung einen Einzelauftrag. Der Umfang der Leistungen geht aus dem jeweiligen Einzelauftrag und ggf. weiteren Unterlagen hervor.

Die Einzelaufträge werden als Abrufe zum Rahmenkontrakt erteilt. Dies erfolgt in Schriftform oder alternativ elektronisch per E-Mail unter Verwendung der Adresse xxx@xxx.xx. Die Absenderadresse dieser E-Mail kann zur Rücksendung der Auftragsbestätigung genutzt werden.

Honorarbasis

Die im Angebot ausgewiesenen Honorarkonditionen (Einheitspreise) gelten zuzüglich der jeweils geltenden Umsatzsteuer. Die vertraglich vereinbarten Honorarkonditionen sind Festpreise für die vereinbarte Grundlaufzeit der Rahmenvereinbarung bis zum 31.12.2027. Mit den vereinbarten Honorarkonditionen sind sämtliche vertraglich geschuldeten Leistungen einschließlich Nebenkosten abgegolten.

Das Verlangen nach Anpassung der Honorarkonditionen für nachfolgende Verlängerungsoptionen ist jeweils spätestens neun Monate vor Inkrafttreten der nachfolgenden Verlängerungsoption vorzutragen. Anderenfalls gelten die bereits vereinbarten Honorarkonditionen auch für die nachfolgende Vertragsverlängerungsoption als vereinbart.

Nachträgliche Änderungen, zusätzliche und besondere Leistungen bzw. nicht vereinbarte Leistungen, die der Auftraggeber zur Erfüllung der geschuldeten Leistung fordert oder die für die Erfüllung der vertraglich geschuldeten Leistungen erforderlich sind, werden vom Auftragnehmer erbracht, es sei denn, der Auftragnehmer ist für die Erbringung derartiger Leistungen nicht eingerichtet. Zusätzliche Leistungen bzw. Aufwendungen sind vorher beim Auftraggeber anzumelden und durch diesen bestätigen zu lassen.

Abrechnung

Der Auftragnehmer hat seine Leistungen prüfbar abzurechnen. Er hat die Rechnungen übersichtlich aufzustellen und dabei die Reihenfolge der Auftragspositionen und die in den Vertragsbestandteilen enthaltenen Bezeichnungen zu verwenden. Die zum Nachweis von Art und Umfang der Leistung erforderlichen Nachweise und Belege sind beizufügen.

Abschlagszahlungen leisten wir für nachgewiesene und erbrachte Leistungen zuzüglich anteiliger Mehrwertsteuer. Die Abschlagszahlungen sind fortlaufend zu nummerieren sowie unter Angabe der Auftragsnummer des Einzelabrufes einzureichen.

In der Teilschluss- und Schlussrechnung sind die gewährten Abschlagszahlungen (Ifd. Nummer, Höhe der gewährten Zahlungen unter Angabe der Auftragsnummer des Einzelabrufes) anzugeben.

Wird nach Einreichung einer Abschlags- bzw. Schlussrechnung festgestellt, dass Abschlags- bzw. Schlussrechnungen von der o. g. Vereinbarung abweichen, so werden die Abschlags- bzw. Schlussrechnungen zurückgewiesen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle im jeweiligen Kalenderjahr erbrachten Leistungen oder Teilleistungen bis zum 15. Dezember des jeweils laufenden Kalenderjahres abzurechnen und Abschlagszahlungen in Form von prüfbaren Abschlagsrechnungen für in sich abgeschlossene Teile der nachgewiesenen, vertragsgemäß erbrachten Leistungen, zu fordern.

Schlussrechnungen müssen spätestens 30 Kalendertage nach Fertigstellung/Abnahme der Leistungen an den Auftraggeber eingereicht werden.

Klassifikation: C2 - Zur internen Verwendung

Zielgruppe: [Schlüsselwörter]

Reicht der Auftragnehmer eine prüfbare Rechnung nicht ein, obwohl ihm der Auftraggeber dafür eine angemessene Frist gesetzt hat, so kann sie der Auftraggeber selbst auf Kosten des Auftragnehmers aufstellen.

Zahlungsbedingungen

Zahlung innerhalb von 14 Tagen abzgl. 3% Skonto oder 30 Tage netto

Rechnungslegung

Rechnungslegung in einfacher Ausfertigung unter Angabe der Auftragsnummer und ausgewiesen auf die entsprechende Auftragsposition ausschließlich und unmittelbar an:

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH
Johannisgasse 7/9
04103 Leipzig

Ohne Angabe der Auftragspositionen erfolgt keine Bezahlung der Rechnung!
Alle Rechnungen sind ausschließlich elektronisch und in schreibgeschützter Form an die folgende E-Mailadresse zu richten:

rechnung-00000.wasserwerke@L.de

Bitte immer nur eine Rechnung pro E-Mail inkl. Anlagen im PDF-Format versenden. Diese E-Mailadresse ist ausschließlich für Ihren Rechnungsversand zu verwenden. Die max. Gesamtgröße der vorher genannten E-Mail darf jeweils 20 MB nicht überschreiten. Die Mehrwertsteuer wird zu dem am Tage der Rechnungslegung gültigen Satz zusätzlich in Rechnung gestellt und getrennt ausgewiesen. Zahlungsfristen beginnen nach erfolgter mangelfreier Lieferung und / oder nachgewiesener mangelfreier Leistung zum Zeitpunkt des Zugangs der Rechnung.

Ansprechpartner

Ansprechpartner AG: Herr Gottschlich, Tel. 0341 - 969 24 42, Mail:

thomas.gottschlich@l.de

Ansprechpartner AN: Herr xxx, Tel. xxx, Mail: xxx

Haftpflichtversicherung

Zur Sicherstellung etwaiger Ersatzansprüche hat der AN eine allgemeine Haftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen abzuschließen:

für Personenschäden 3.000.000,00 EUR

für sonstige Schäden 3.000.000,00 EUR

Der AN ist verpflichtet, im Auftragsfall eine Haftpflichtversicherung mit den zuvor genannten Versicherungssummen abzuschließen und für die Dauer des Vertragsverhältnisses (Rahmenvereinbarung und Einzelaufträge) vorzuhalten. Der AN hat dem AG den entsprechenden Versicherungsnachweis erstmalig vier Wochen nach Vertragsabschluss und fortlaufend spätestens bis zum 31.03. eines jeden Jahres in einer aktuellen Fassung, die das ganze laufende Jahr betreffen, vorzulegen.

Der AN hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen des AG. Der AG kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen, wobei er den AN zuvor auf diesen Sachverhalt schriftlich hinzuweisen hat.

Klassifikation: C2 - Zur internen Verwendung

Zielgruppe: [Schlüsselwörter]

Schlussbestimmungen

1. Änderungen, Ergänzungen und Nebenabreden bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform, auf die auch nur schriftlich verzichtet werden kann.
2. Sollte eine Bestimmung dieses Auftrages unwirksam oder undurchführbar sein, oder sollte der Auftrag eine Regelungslücke enthalten, hat dies auf die Gültigkeit des Auftrages im Übrigen keine Auswirkungen. Die Vertragsparteien verpflichten sich, in diesem Falle eine Bestimmung zu finden, die dem wirtschaftlichen Ziel der unwirksamen Bestimmung weitestgehend entspricht.

Sie werden gebeten, die beigefügte Auftragsbestätigung unverzüglich rechtsverbindlich unterschrieben per E-Mail zurückzusenden.